

Rad statt Auto auch beim Neubau

Die Pflicht für die Bereitstellung von Pkw-Parkplätzen soll nach dem Willen der Grünen gelockert werden

VON SILKE HELLWIG

Bremen. Berlin hat es beschlossen, Hamburg ebenfalls, andere Städte sind drauf und dran, die Vorschriften zum Bau von Parkplätzen bei privaten Bauprojekten zu lockern. In Bremen wurde das sogenannte Stellplatzortsgesetz vor wenigen Jahren bereits modernisiert, doch den Grünen geht das nicht weit genug. Begründung: „Das Stellplatzortsgesetz in seiner jetzigen Form erhöht Baukosten, Bauzeiten und schafft zum Teil nicht notwendige Parkplätze“, heißt es in einem Antrag für die Stadtbürgerschaft, den die grüne Bürgerschaftsfraktion einstimmig beschlossen hat.

Nach Ansicht der Grünen ist die starre Verpflichtung zum Bau von Pkw-Parkplätzen ein Investitionshindernis. Es führe zu einer unnötigen Steigerung der Baukosten. Projekte für autofreies Wohnen würden verkompliziert. Zudem müssten Personen, die kein Auto nutzen, anteilig für die Kosten der Parkplätze aufkommen. „Dies ist eine Subventionierung des Pkw-Verkehrs durch Nutzerinnen und Nutzer anderer Verkehrsmittel. Bei einer festen Stellplatzzahl je Wohnung führt die Quersubventionierung der Stellplätze zu einer be-

„Eine Verknappung von Stellplätzen zum jetzigen Zeitpunkt ist weltfremd.“

Heiko Strohmann, CDU-Fraktion

sonders starken Verteuerung der Quadratmeterpreise bei kleinen Wohnungen“, heißt es im Antrag. Eine Reform des Gesetzes „wäre ein innovatives Instrument, das Autoparken und Maßnahmen des Mobilitätsmanagements gleichwertig behandelt“, sagt Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen.

Die Stellplatzverordnung regelt den Bau von Stellflächen für Autos und Fahrräder. Bis Ende 2012 gab es für Bauherren zwei Möglichkeiten: Entweder sie sorgten pro Wohnung bis 160 Quadratmeter beziehungsweise pro 25 Quadratmeter Arztpraxis oder 40 Quadratmeter Ladenfläche für einen Parkplatz oder sie zahlten eine Ablösesumme. Dabei unterscheidet das Gesetz nach Lage der Objekte und der ÖPNV-Anbindung. In Zone 1 beträgt die Ablösesumme 11 800 Euro, 5000 Euro umfasst sie in Zone 2. Das Geld fließt der Brepark GmbH zu.

Seit Januar 2013 kann „die Pflicht zur Herstellung notwendiger Stellplätze anteilig ausgesetzt werden“, sofern der Bauherr sich engagiert, um den Bedarf an Parkplätzen zu verringern. Dazu zählen laut Gesetz die Nutzung von Zeitkarten für den öffentlichen Personennahverkehr oder die „Errichtung und Einbindung“ von Car-Sharing-Stationen.

In Berlin gilt die Stellplatzverordnung nur noch für Behindertenparkplätze (öffentlich zugänglicher Gebäude) und Fahrräder. Dem Berliner Senat ging es dabei nicht nur um verkehrspolitischen Einfluss. Zur Begründung hieß es auch, in Berlin solle der Bau von preiswertem Wohnraum gefördert werden. Hamburg folgte dem Beispiel. Auch in Leipzig gibt es Pläne, die Zahl der erforderlichen Parkplätze bei Neubauten zu senken, um die Kosten für das Bauen und Wohnen zu dämpfen. Für Kitas und Schulen sollen künftig ebenfalls



Pro Wohnung ein Parkplatz? Die Grünen wollen die Vorschriften für Neubauten lockern, zugunsten von Radverkehr und ÖPNV. FOTO: FRANK T. KOCH

weniger Parkfläche vorgeschrieben werden, um Kosten zu reduzieren.

Das Bau- und Verkehrsressort begrüßt den Vorstoß: „Es ist wichtig, dass sich ein Bauherr nun zeitgemäße Mobilitätsbedürfnisse der künftigen Bewohner kümmern muss. In der Vergangenheit ist das komplett einseitig über Stellplätze für Autos organisiert worden. Daher haben wir schon vor sechs Jahren in einer ersten Novelle des Gesetzes die Möglichkeit angeboten, mit freiwilligen Maßnahmen Stellplätze abzulösen. Dies jetzt verbindlich zu machen, ist richtig und führt dazu, dass die Immobilienbranche einen größeren Beitrag zur Mobilitätswende leisten wird“, so Senator Joachim Lohse (Grüne).

Die SPD reagiert verhalten. „Grundsätzlich ist das sinnvoll, aber nicht als Zwangsmaßnahme. Wir müssen von der Ist-Situation ausgehen“, sagt die verkehrspolitische Sprecherin Heike Sprehe. So lange dem Auto noch eine solche Bedeutung zukomme wie derzeit, dürfe der Parkdruck nicht noch wachsen. „Das können wir uns noch nicht leisten.“

Die Oppositionsfraktionen lehnen den Vorschlag ab: „In vielen Stadtteilen und in den Beiräten vor Ort sind gerade die fehlenden Stellplätze ein riesiges Thema. Eine Verknappung von Stellplätzen für Pkw zum jetzigen Zeitpunkt ist deshalb weltfremd und wirkt eher wie ein Versuch der Grünen, ihre einseitige Verkehrsideologie mit der Brechstange

durchzusetzen“, so der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Heiko Strohmann. In das gleiche Horn stoßen die Liberalen. Ihre Fraktionsvorsitzende Lencke Steiner: „Viele Menschen sind auf ein eigenes Auto angewiesen, auch wenn dieses von den Grünen gerne verneint wird. In den vergangenen Jahren hat sich der Parkdruck in Bremen enorm erhöht (...)

„Wir teilen die Kritik an einer oftmals praxisfernen Stellplatzverordnung.“

Olaf Orb, Handelskammer

Der Vorschlag der Grünen würde diese Situation dramatisch verschlimmern. Wir brauchen mehr Stellplätze und nicht weniger.“

„Der Vorstoß, die Stellplätze zu reduzieren, löst noch kein Problem“, jedenfalls nicht in Stadtteilen mit „hohem Parkdruck“, so der verkehrspolitische Sprecher der Linken, Nelson Janßen. „Für Neubaugebiete kann das eine Überlegung wert sein, aber nur, wenn andere Verkehrsmittel attraktiver werden und bezahlbar sind. Ich persönlich habe aber Sympathien dafür, das in ein Maßnahmenbündel zu packen und anzugehen.“

Haus und Grund, der Verband der bremischen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, plädiert ebenfalls für eine Überarbeitung der Vorschriften. Allerdings können nach Meinung von Geschäftsführer Bernd Richter nicht alle Wohngebiete über einen Kamm geschoren werden, „es bedarf einer Spezifizierung“. So gebe es bereits jetzt im Wohn- und Büropark Oberneuland Klagen über zu wenig Stellflächen. „Es gibt aber auch Wohnformen, wo es sinnvoll scheint, die Vorschriften zu ändern.“

Auch die Handelskammer teilt „die grundsätzliche Kritik an der doch sehr starren und oftmals praxisfernen Stellplatzverordnung“, so Olaf Orb, stellvertretender Leiter der Abteilung Standortpolitik, Häfen und Verkehr. Sie ziehe „schwierigere Bauvorplanungen und deutlichen Baukostensteigerungen“ nach sich und habe sich damit „zu einem wirklichen Investitionshemmnis“ entwickelt.

Ziel einer Novellierung müsse nach Meinung der Handelskammer indes „eine deutliche Entbürokratisierung“ sein. Dem komme die von den Grünen vorgeschlagene Gesetzesreform nicht nach. Die im Antrag skizzierte Vorstellung, Radparkplätze grundsätzlich zu überdachen und Steckdosen vorzuzulassen, „schafft doch wieder nur neue Bürokratie, neue Klärungsbedarfe und insbesondere in verdichteten Stadtgebieten neue kostentreibende Bauauflagen.“

Geno-Kritiker muss von jetzt auf gleich gehen

Verbreitung einer Protest-Mail an die Chefetage des Klinikverbundes kostet IT-Fachmann den Job

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Pejman Mohseni hat seit dem 16. Oktober viel Freizeit. Der IT-Fachmann wurde beim städtischen Klinikverbund Gesundheit Nord (Geno) von jetzt auf gleich vor die Tür gesetzt, weil er einen kritischen Text über die mögliche Ausgliederung weiterer nicht-medizinischer Unternehmensbereiche in eine Tochtergesellschaft über den firmeninternen E-Mail-Verteiler verbreitete. Den Brief hatte er an die Chefetage gerichtet. Als Copy ging das Schreiben aber auch an rund 5000 weitere Empfänger.

Verunglimpfendes steht nicht drin, wohl aber geharnischte Kritik am Kurs der Geschäftsführung. Diese hatte bereits vor einiger Zeit damit begonnen, Teile der patientenfernen Unternehmensanteile in die Tochter Gesundheit Nord Dienstleistungen (GND) zu überführen. Dort werden deutlich geringere Löhne gezahlt. Reinigungskräfte, Sicherheitsleute und Teile der Logistik sind bereits ausgegliedert worden, und es ist erklärtes Absicht der Geno-Spitze, dass als Nächstes die Küchenkräfte an die Reihe kommen sollen – auch wenn Gesundheitsministerin Eva Quante-Brandt (SPD) kürzlich in einem Interview mit dem WESER-KURIER erklärte, einer weiteren Personalverlagerung „zum gegenwärtigen Zeitpunkt“ nicht zustimmen zu wollen. Sollte es früher oder später doch dazu kommen, würde es laut Mohseni für die aktuell

Beschäftigten eine finanzielle Besitzstandswahrung geben. Neu eingestellte Küchenkräfte bekämen allerdings deutlich weniger Geld. Eine Geno-Küchenkraft verdient zur Zeit je nach Gehaltsstufe zwischen 2200 und 2700 Euro. Unter dem Dach der GND wären es lediglich knapp 1800 Euro.

In seinem Brief an Geno-Chefin Jutta Denedde und ihre Co-Geschäftsführer wurde Pejman Mohseni deutlich: „Es verletzt das soziale Gerechtigkeitsgefühl der breiten Öffentlichkeit, wenn Leitungsstrukturen, deren Monateinkommen so hoch ist wie das Jahresgehalt von Mitarbeiter*innen der Speiseversorgung, diesen hart arbeitenden Menschen das kleine Gehalt noch weiter schmälern wollen.“

Mohseni verschickte seine Mail am 15. Oktober. Am Folgetag wurde er für 12 Uhr zu Personalchef Torsten Hintz zitiert. Dieser teilte Mohseni mit, dass er mit sofortiger Wirkung

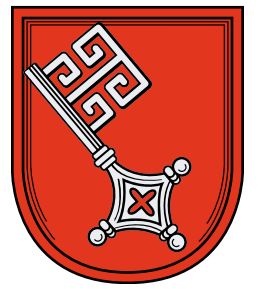
Fast 20 Jahre war Pejman Mohseni für den städtischen Klinikverbund Gesundheit Nord tätig, jetzt kam durch einen kritischen Brief das abrupte Ende seiner beruflichen Laufbahn. FOTO: KOCH



von der Arbeit freigestellt sei. Der Versand des kritischen Schreibens via E-Mail an die gesamte Geno-Belegschaft sei nicht zu tolerieren. Hintz nahm Mohseni Schlüssel und Dienstausweis ab. Der 63-Jährige, der ohnehin nur noch bis zum 30. November arbeiten müsste, weil er dann die passive Phase seiner Altersteilzeit erreicht, durfte noch seinen Schreibtisch ausräumen. Danach musste er das Haus verlassen.

Geno-Sprecherin Karen Matiszick bestreitet diese Darstellung nicht. Grund für die entschiedene Reaktion der Geschäftsführung sei nicht der Brief an sich gewesen. „Es geht nicht darum, dass hier niemand eine kritische Meinung äußern dürfte“, sagt Matiszick. Die Nutzung des firmeninternen Mail-Systems zur Verbreitung einer privaten Ansicht sei jedoch unzulässig gewesen. Daher die Freistellung bei Wahrung der Bezüge.

Pejman Mohseni geht inzwischen juristisch gegen die Sanktion seines Arbeitgebers vor. Sein Schreiben behandelte dienstliche Belange, betont er. Er habe auch keine vertraulichen Informationen ausgeplaudert. Offenbar gehe es der Geschäftsleitung aber darum, ein Signal der Abschreckung an die Belegschaft auszusenden. So sieht es auch der Betriebsratsvorsitzende des Klinikums Links der Weser, Roman Fabian. Auch er will die Sache keinesfalls auf sich beruhen lassen. Innerhalb der Geno gebe es eine Welle der Solidarität mit Pejman Mohseni.



Die Sitten sind oft grausamer als die Gesetze.

HONORÉ DE BALZAC (1799 - 1850)

Schulleitungen schwer zu besetzen

Aktuell sieben Vakanzen

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. An sieben Bremer Schulen gibt es derzeit keine Schulleiter, hinzu kommen zahlreiche weitere vakante Funktionsstellen wie die von Konrektoren, Oberstufenleitern und Leitern der Zentren unterstützender Pädagogik (ZuP). Insgesamt bemüht sich die Bildungsbehörde aktuell um die Besetzung von 41 entsprechenden Leitungspositionen. Das geht aus dem Entwurf einer Senatsantwort auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage der FDP-Bürgerschaftsfraktion hervor. Darin erkundigen sich die Liberalen auch danach, warum es offenbar so schwierig ist, Leitungspersonal für Schulen zu rekrutieren. Mit dem Papier wird sich die Landesregierung am Dienstag beschäftigen.

Bei der Frage nach den Ursachen für die Vakanzen nennt das Bildungsressort lediglich verfahrenstechnische Gründe – wenn also beispielsweise Leitungspositionen plötzlich frei werden und die behördliche Prozedur für die Wiederbesetzung dann einige Zeit in Anspruch nimmt. Auf inhaltliche Faktoren wird nicht eingegangen. Also etwa auf die Frage, ob die Schulleitungspositionen angesichts der dort angesiedelten Verantwortung gut genug bezahlt sind. Oder ob möglicherweise die starke Belastung durch Verwaltungsaufgaben qualifizierte Pädagogen davon abhält, sich für eine Leitungsposition zu bewerben.

Laut Senatspapier gibt es für interessierte Pädagogen Fortbildungsangebote. Sie hätten beispielsweise am Landesinstitut für Schule (LIS) die Möglichkeit, „sich mit Aufgaben und Themenfeldern aus der Schulleitungspraxis intensiv auseinanderzusetzen“. Außerdem werde ein „Professionalisierungsprogramm zur Vertiefung von Schlüsselkompetenzen sowie zur Karriereförderung und -planung“ angeboten.

STREIT

22-Jähriger mit Messer verletzt

Bremen. Ein 22-Jähriger ist in der Nacht von Freitag auf Sonnabend gegen 0.20 Uhr mit einem Messer angegriffen und verletzt worden. Der Mann, der in der Linie N10 unterwegs war, geriet laut Polizei mit drei Personen in einen Streit. An der Haltestelle Bei den Drei Pfählen eskalierte die Situation und aus der Gruppe heraus stach eine der Personen mit einem Messer zu. Der 22-Jährige wurde in ein Krankenhaus gebracht, die Verletzungen waren nicht lebensgefährlich. Die Angreifer flohen an der Haltestelle, wurden aber wenig später von der Polizei gestellt und festgenommen. Gegen den 14-Jährigen und zwei 20-Jährige wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Zeugenhinweise nimmt die Polizei unter 04 21 / 3 62 38 88 entgegen. HEE

ÜBERFALL

Angestellte erleidet einen Schock

Bremen. Ein Kiosk in Woltmershausen ist am Sonnabendvormittag überfallen worden. Der Räuber betrat laut Polizei gegen 9 Uhr den Kiosk in der Woltmershauser Straße, bedrohte die 62 Jahre alte Mitarbeiterin mit einem Messer und forderte die Herausgabe von Geld. Weil ihm das offensichtlich nicht schnell genug ging, drängelte er sich an der Verkäuferin vorbei und bediente sich selbst. Anschließend flüchtete er zu Fuß. Die 62-Jährige erlitt einen Schock, sie wurde vor Ort von Rettungssanitätern betreut. Der Täter wurde als circa 25 Jahre alt, 1,80 Meter groß und mit einem blauen Teint beschrieben. Er trug bei dem Überfall einen dunkelblauen Parker mit Kapuze. Zeugenhinweise an die Polizei unter Telefon 04 21 / 3 62 38 88. HPP

SPD

Strauß wechselt zu Freien Wählern

Bremen. Der Kommunikationsberater Patrick Strauß, der in der SPD mehrere Vorstandsämter bekleidete und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen war, verlässt seine Partei. Er könne sich „mit der aktuellen Umsetzung der Grundwerte der Partei in den verschiedenen Politikfeldern und den verschiedenen Ebenen nicht ausreichend verbinden“, schreibt Strauß in seiner Austrittserklärung. Er will sich den Freien Wählern anschließen, die sich in Bremen in Kürze gründen werden. THE